

**I1-174** Integration in Sachsen – Herausforderungen meistern, Chancen nutzen, Teilhabe ermöglichen!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

## Änderungsantrag zu I1

### In Zeile 174 einfügen:

- Ermöglichung unabhängiger, staatlich finanzierte Asylverfahrensberatung bereits in der

### Begründung

Asylrechtsberatung ist in Sachsen meistens nur ehrenamtlich organisiert und gar nicht bis schlecht finanziert. Dabei muss sie gesetzlich nach europäischer Verfahrensrichtlinie (RL 2013/32/EU) von staatlicher Stelle abgesichert sein. Nur durch ausreichende finanzielle Unterstützung ist eine gute rechtliche Beratung aller Asylantragsteller\_innen möglich.

**I1-178** Integration in Sachsen – Herausforderungen meistern, Chancen nutzen, Teilhabe ermöglichen!

Antragsteller\*in: Achim Wesjohann

## Änderungsantrag zu I1

### In Zeile 178 einfügen:

- Beratungsstruktur für traumatisierte Geflüchtete (Traumaambulanzen)

## Begründung

redaktionell

**V1-055** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Katharina Weyandt

### Begründung

Mit der Diskussion um die Straftäter lenken de Maizière und alle Gesinnungsgenossen davon ab, dass Menschen abgeschoben wurden und werden, die auf einem mustergültigen Weg der Integration sind. Straftäter werden in der öffentlichen Diskussion ins Zentrum gestellt, zum Schaden aller. Dem sollten wir nicht folgen. Deshalb beantrage ich die Streichung der Zeilen 55-70.

**V1-009** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

**Änderungsantrag zu V1**

**In Zeile 9 einfügen:**

mit afghanischer Staatsbürgerschaft abgeschoben. Ende Februar erfolgte die aktuellste Abschiebung von 18 Menschen.

**Begründung**

Hiermit wird die aktuelle Abschiebung nach Afghanistan in den Antragstext aufgenommen.

**V1-016** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

**Änderungsantrag zu V1**

**In Zeile 16 einfügen:**

sind deshalb grundsätzlich ausreisepflichtig." Mit Blick auf die bereinigten Schutzquoten zeigt sich das diese Aussage nicht zutrifft.

**Begründung**

Hinweis auf die Schutzquote um die Aussage des Innenministeriums zu entkräften

**V1-029** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

### Änderungsantrag zu V1

**In Zeile 29 einfügen:**

afghanischer Regionen als "sicher" aus. Der Bericht der UNHCR sowie die Aussagen der Deutschen Botschaft werden von der Bundesregierung jedoch bewusst ignoriert.

**V1-047** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

## Änderungsantrag zu V1

**In Zeile 48 löschen:**

Bezug auf die Sicherheit einiger Landesteile in Afghanistan. ~~Schleswig-Holstein,-~~

**In Zeile 51 einfügen:**

zurückgestellt. Schleswig-Holstein hat sogar einen dreimonatigen Abschiebestopp für Afghanistan veranlasst

## Begründung

Ergänzung um den aktuellen Abschiebestopp, den Schleswig-Holstein veranlasst hat.

**V1-059** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

**Änderungsantrag zu V1**

**In Zeile 59 löschen:**

Straftäter\*innen handele. Menschen, die ~~rechtskräftig~~-wegen eines schweren

**Begründung**

Redaktionell - doppeltes Wort streichen



**V1-081** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

**Änderungsantrag zu V1**

**In Zeile 81:**

~~In der Asylverfahrensberatung~~ Bei Ämtern und Behörden

**Begründung**

Asylverfahrensberatung wird kaum von öffentlicher Stelle durchgeführt. Stattdessen wird Geflüchteten auf Ämtern und in Behörden öfter suggeriert, das ihr Verfahren keine Chance hätte.

**V1-088** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

**Änderungsantrag zu V1**

**In Zeile 88:**

Staatsangehörigen bei 78% , im ~~ersten Halbjahr~~ August 2016 bei ~~52,9%~~ 48,6%. Dabei ist auch der enorm gestiegene politische Druck auf das Bundesamt für Migration und Flucht zu beachten.

**Begründung**

Ergänzung um die aktuellen Zahlen.

**V1-089** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

**Änderungsantrag zu V1**

**In Zeile 89 einfügen:**

Vor diesem Hintergrund fordern wir eine unabhängige und staatlich finanzierte

**Begründung**

Asylverfahrensberatung wird meist ehrenamtlich erbracht und schlecht oder gar nicht bezahlt. Dabei ist eine professionelle Beratung dringend geboten, um alle Fälle abdecken zu können.

**V1-092** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

**Änderungsantrag zu V1**

**Von Zeile 92 bis 94 löschen:**

gegeben. ~~Die Beratung über die freiwillige Ausreise muss so erfolgen, dass die betreffende Person in Kenntnis ihrer Rechte, nach einer Abwägung aller Vor- und Nachteile, eine fundierte Entscheidung treffen kann.~~

**V1-098** Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Antragsteller\*in: Matthias Jobke

## Änderungsantrag zu V1

### In Zeile 98 einfügen:

umgehend beendet werden. Die Beratung über die freiwillige Ausreise muss so erfolgen, dass die betreffende Person in Kenntnis ihrer Rechte, nach einer Abwägung aller Vor - und Nachteile, eine fundierte Entscheidung treffen kann. Dies muss auch eine Beratung über alternative Einreisemöglichkeiten durch z.B. Arbeitsvisa beinhalten.

**V2-001** Den gesellschaftlichen Rollback verhindern – Jetzt kommt es darauf an! Geschlechter- und  
Queerpolitik im Bundestagswahlkampf

Antragsteller\*in: LAG Geschlechterpolitik

Titel

**Ändern in:**

Den gesellschaftlichen Rückschritt verhindern – Jetzt kommt es darauf an! Geschlechter- und Queerpolitik  
im Bundestagswahlkampf

**V2-038** Den gesellschaftlichen Rollback verhindern – Jetzt kommt es darauf an! Geschlechter- und Queerpolitik im Bundestagswahlkampf

Antragsteller\*in: Martin Schmidt

## Änderungsantrag zu V2

### Von Zeile 38 bis 42 löschen:

~~Der Landesverband von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wird daher allen Wahlkämpfer\*innen das notwendige Wissen über die Problemlagen der Geschlechter- und Queerpolitik vermitteln und sich dazu um entsprechende regionale Argumentationshilfen und ggf. Wahlkampf-Schulungen bemühen oder diese alternativ selbst erstellen.~~

## Begründung

Die gute und richtige Analyse im ersten Teil des Antrags ist lesenswert und unstrittig. Ob sich allerdings die Geschlechter- und Queerpolitik zu einem Schwerpunkt im Wahlkampf in Sachsen entwickeln wird, ist unklar. Die Erfahrungen der Bundestagswahlkämpfe 2005-2013 lassen diesen Schluss zumindest nicht zu. Wir sollten nicht den Fehler begehen, über V-Anträge einseitig Themen festzulegen. Gerade die verschiedenen (regionalen) Schwerpunkte und das differenzierte Agieren war ein positiver Punkt in den Kommunalwahlkämpfen 2014. Die Streichung des letzten Abschnittes ist daher sinnvoll und notwendig. So bleibt es den Kreisverbänden überlassen zu entscheiden, wo sie vor Ort ihre Schwerpunkte setzen wollen. Dies schließt ausdrücklich die Geschlechter- und Queerpolitik ein.

**V2-043** Den gesellschaftlichen Rollback verhindern – Jetzt kommt es darauf an! Geschlechter- und Queerpolitik im Bundestagswahlkampf

Antragsteller\*in: Martin Schmidt (Chemnitz KV)

## Änderungsantrag zu V2

### Von Zeile 43 bis 47 löschen:

~~Für einen vielfältigen und bunten Wahlkampf mit den entsprechenden Materialien wird der Landesverband darüber hinaus die Kreisverbände bei der Anschaffung von Give-aways und Informationsmaterialien zu den Themen der „Geschlechterpolitik“ und der „Queerpolitik“ bezuschussen oder die Erstellung eigenen Materials unterstützen.~~

## Begründung

Die gute und richtige Analyse im ersten Teil des Antrags ist lesenswert und unstrittig. Ob sich allerdings die Geschlechter- und Queerpolitik zu einem Schwerpunkt im Wahlkampf in Sachsen entwickeln wird, ist unklar. Die Erfahrungen der Bundestagswahlkämpfe 2005-2013 lassen diesen Schluss zumindest nicht zu. Wir sollten nicht den Fehler begehen, über V-Anträge einseitig Themen festzulegen. Gerade die unterschiedlichen (regionalen) Schwerpunkte und das entsprechende Agieren waren positive Punkte in den Kommunalwahlkämpfen 2014. Die Streichung des letzten Abschnittes ist daher sinnvoll und notwendig. So bleibt es den Kreisverbänden überlassen zu entscheiden, wo sie vor Ort ihre Schwerpunkte setzen wollen. Dies schließt ausdrücklich die Geschlechter- und Queerpolitik ein.



**V3-008** Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller\*in: Julia Günther, Juliane Hundert, Klemens Schneider (KV Dresden)

## Änderungsantrag zu V3

### In Zeile 8 einfügen:

letztlich auch auf die Mieten auswirken. Dresdens und Leipzigs Mietmärkte waren bereits zum 31.12.2015 mit 1% und 3,7% Wohnungsleerstand quasi leergefegt. Den Preissteigerungen auf dem Mietmarkt sind bei solchen Quoten Tür und Tor geöffnet.

### Begründung

Die Zahlen sollen an dieser Stelle verdeutlichen, dass der Mietmarkt schon jetzt sehr angespannt ist.

**V3-020** Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller\*in: Martin Schmidt (Chemnitz KV)

## Änderungsantrag zu V3

### Von Zeile 21 bis 23:

anhaltender Entwicklung werden ~~bis 2030 in Leipzig bis zu 80.000 Wohnungen und in Chemnitz bis zu 10.000 Wohnungen zusätzlich benötigt. Ein vergleichbarer Bedarf wird für Dresden prognostiziert.~~2030 in Leipzig bis zu 80.000 Wohnungen benötigt. Auch in Chemnitz und Dresden wird mit einem zusätzlichen Bedarf gerechnet.

## Begründung

In Chemnitz stehen derzeit über 20.000 Wohnungen leer. Neben dem Neubau ist die Sanierung vorhandener Wohneinheiten ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Daher sollte nur der Bedarf benannt werden. Über notwendige Zahl gibt es unterschiedliche Auffassungen, weshalb diese noch im Diskussionsprozess ist. Eine Festlegung auf bis zu 10.000 Wohnungen schafft nur unnötig Druck.

**V3-022** Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller\*in: Julia Günther, Juliane Hundert, Klemens Schneider (KV Dresden)

## Änderungsantrag zu V3

### Von Zeile 22 bis 23:

in Chemnitz bis zu 10.000 Wohnungen zusätzlich benötigt. ~~Ein vergleichbarer Bedarf wird für~~ Für Dresden wird bis 2030 ein Bedarf von 20.800 neu zu bauenden Wohnungen prognostiziert. Ein ausreichendes Angebot bezahlbarer

## Begründung

Laut einem Bericht der DNN vom 28.11.2016, der sich auf eine Bevölkerungs- und Haushaltsprognose von empirica stützt, wird unter Berücksichtigung aktivierbarer Leerstände ein erforderlicher Neubaubedarf von 20.800 Wohnungen gesehen.

**V3-038** Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller\*in: Sebastian Walter

## Änderungsantrag zu V3

### In Zeile 38 einfügen:

zu stabilisieren, vorrangig Innenstädte und innenstadtnahe Stadtquartiere entlang von Stadtteil- und Nahversorgungszentren

## Begründung

In den deutschen Großstädten haben ab etwa 1950 die Handels-, Verkehrs- und Verwaltungsnutzungen die Wohnfunktion in den Innenstädten in der Regel verdrängt und diese zu Hauptgeschäftszentren weiterentwickelt. Insofern ist die Hinzuziehung innenstadtnaher Stadtteile für einen Antrag zum Thema Wohnen zwingend.

**V3-177** Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller\*in: Niels Sigmund (Erzgebirge KV)

## Änderungsantrag zu V3

### Von Zeile 177 bis 179:

Erschließungsmaßnahmen haben. ~~Bei der Neuerschließung haben für uns Wohnungsbauflächen Priorität, die gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind.~~ Bauliche Verdichtung muss dabei ausreichend Grünzüge bzw. innerstädtische Biotopverbünde erhalten und stets mit einem grünen Mehrwert sowie einer Verbesserung der Freiräume in den Quartieren einhergehen (z.B. Dach-/Fassadenbegrünung, Aufwertung des verbleibenden Stadtgrüns, versiegelte Flächen durchlässiger gestalten,...). Bei der Neuerschließung haben für uns Wohnungsbauflächen Priorität, die gut an den öffentlichen Nahverkehr angebunden sind.

## Begründung

Zum ökologischen Wohnen in der Stadt gehört im Zuge der Nachverdichtung, die Absicherung wichtiger stadtökologischer Funktionen. Neben der allgemeinen Wohn-Attraktivität sind damit auch wichtige Effekte auf Arten- und Klimaschutz in der Stadt verbunden.

**V3-183** Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller\*in: Sebastian Walter

## Redaktionelle Änderung

Korrekte Summenformel für Kohlendioxid

## Änderungsantrag zu V3

### Von Zeile 183 bis 184:

technologieoffene vergleichbare Standards (CO<sup>2</sup>-2-neutrales Bauen), Photovoltaik- und Solarthermieanlagen sowie andere Anlagen zentraler oder dezentraler ~~CO<sup>2</sup>~~-CO<sub>2</sub>-

**V3-186** Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller\*in: Sebastian Walter

## Änderungsantrag zu V3

### In Zeile 186:

Dachbenutzung für Urban ~~Farming~~Gardening

## Begründung

Während Urban Gardening zur Selbstversorgung betrieben wird, hat Urban Farming das Ziel, auf kommerzieller Basis landwirtschaftliche Erzeugnisse zu liefern. Inwiefern hierzu ein wohnungspolitisches Förderinstrument hilfreich ist, ist unklar.

**V3-197** Wohnen darf kein Luxus werden. Grüne Impulse für bezahlbares, vielfältiges und ökologisches Wohnen in der wachsenden Stadt

Antragsteller\*in: Sebastian Walter

### Änderungsantrag zu V3

#### **Von Zeile 197 bis 198 einfügen:**

bauen, zu reduzieren und den Realitäten anzupassen. Dass Mieterinnen oder Käufer einer Wohnung gezwungen werden, einen Kfz-Stellplatz zu finanzieren, selbst wenn sie gar kein Auto haben, ist Politik von Vorgestern. Denn gerade im gut erschlossenen innerstädtischen Bereich braucht es heute keine privaten Wagen mehr,

#### **Begründung**

Notwendige, politisch einordnende Ergänzung zur Stellplatzvorschrift in der Sächsischen Bauordnung



**V4-EIL-012** Bombardier-Arbeitsplätze in Bautzen und Görlitz erhalten – industrielle Basis der Oberlausitz mit engagierter Politik für die Schiene sichern

Antragsteller\*in: Jürgen Kasek

### Änderungsantrag zu V4-EIL

**In Zeile 12 löschen:**

Wenn **heute**-am 4. März die sächsischen Beschäftigten von Bombardier in Görlitz

### Begründung

mdl